Gewerbemiete und Teileigentum
10. Jahrgang 2010 Zitat: GuT Heft 54 · April/Mai/Juni 2010

Prof. Dr. Ramón Sotelo, Berlin/Weimar

Zur Neuregelung der Erwerbstätigenfreibeträge im SGB II

Die Diskussion um die Schaffung von Anreizen für Bezieher von Transferleistungen in Form von ALG II und darunter von Kosten der Unterkunft (KdU) bewegt sich in einem scheinbar nicht lösbaren Spannungsfeld. So besteht einerseits der politische Wille auch und gerade Beziehern von Transferleistungen Anreize zu schaffen, damit sie im Ergebnis weniger Transferleistungen beziehen. Dies unterstellt, sicher nicht völlig zu Unrecht, dass Bezieher von diesen Leistungen ökonomisch reagieren und bei entsprechenden wirtschaftlichen Anreizen einerseits sorgsam mit öffentlichen Mitteln umgehen und andererseits sich selbst wieder ohne bzw. mit geringeren Transferleistungen in den transferzahlungsfreien Teil der Gesellschaft reintegrieren. Andererseits hat das Verfassungsgericht - und hierüber herrscht auch ein breiter politischer Konsens - festgehalten, dass ein wie auch immer zu definierendes Existenzminimum (Grundsicherung) letztlich mittels Transferleistungen sicherzustellen ist.

Es ergibt sich insofern ein Konflikt, als positive ökonomische Anreize für Transferempfänger bei Einhaltung eines Existenzminimums stets dazu führen müssen, dass die Summe der Transferleistungen c. p. zunächst steigen müssen, was einerseits angesichts der finanziellen Situation öffentlicher Haushalte nicht angemessen erscheint und andererseits damit zugleich negative Anreize für diejenigen entstehen, die sich bislang knapp oberhalb der Bemessungsgrenze für den Empfang von Transferleistungen befinden. Jede Form von positiven wirtschaftlichen Anreizen erhöht im Ergebnis ökonomisch die Bemessungsgrundlage und schafft damit paradoxerweise zugleich Anreize in das System der Transferleistungen zu wechseln.

Auf der Grundlage des Beschlusses auf der Kabinettklausur vom 17. und 18. 11. 2009 in Meseberg ist eine interministerielle Arbeitsgruppe eingeführt worden. In der Zwischenzeit hat die Wahrnehmung der Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Europa durch die Finanzmärkte die politische Handlungsmöglichkeit in Form steigender Ausgaben für Transferleistungen deutlich begrenzt. Damit muss die in diesen Tagen von der Ministerin für Arbeit und Soziales wieder in die Diskussion gebrachte Idee, wonach vor allem den langfristig Transferleistungen beziehenden Empfängern verbindliche Arbeitsangebote im gemeinnützigen sozialen Bereich („Bürgerarbeit“) gemacht werden sollten, betrachtet werden. Im Ergebnis bedeutet dies die Implementation negativer Anreize in Form der Beanspruchung der Zeit der Betroffenen bei Beibehaltung der Grundsicherung. Hinzu kommt die Problematik, dass Bezieher von Transferleistungen einen besonders hohen Anreiz haben, das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen mittels Schwarzarbeit aufzustocken, da die ökonomisch faktische Besteuerung aufgrund der sich reduzierenden Transferzahlungen bei legalem Hinzuverdienst bis zu rund 80% beträgt.

Wenn wir ökonomische Anreize für eine Reintegration von einem Großteil der Transferleistungsempfänger in den Vordergrund rücken, so gehen wir implizit vom Menschenbild des Homo Ökonomicus aus; eine Annahme, die wir in der Ökonomie seit der Klassik finden. Hingegen wird in der modernen Ökonomie (z. B. Akerloff) zunehmend dieses Menschenbild nicht zuletzt unter Rückgriff auf den von Keynes geprägten Begriff des Animal Spirits insoweit in Frage gestellt, als offenbar jenseits der Nutzenmaximierung Individuen auch andere Beweggründe für ihr Verhalten aufweisen, das auch ökonomisch relevant ist. Kategorien wie Gerechtigkeit und Vertrauen sind gesellschaftliche Momente, die Leistungsempfänger mit den Leistungsträgern verbinden. Systemisch betrachtet haben offenbar beide Gruppen das Interesse an Integration der jeweils anderen Gruppe. Gerade vor diesem Hintergrund ist die Reintegration von Leistungsempfängern in einem Werte schaffenden gesellschaftlichen Prozess ein Anliegen der gesamten Gesellschaft und darf für ein umfassendes Verständnis nicht auf die Kategorie des Anreizes aus dem Menschenbild des Homo Oekonomicus reduziert werden. Zugleich ist die Integration der beiden Gruppen eben dadurch zu erreichen, dass die Transferzahlungsempfänger zurück zu den Nicht-Empfängern gelangen und nicht umgekehrt die Nicht-Empfänger zu Empfängern werden.

In Bezug auf die KdU gibt es im Zuge einer Erhöhung von Transferleistungen und sei es zur Schaffung von Anreizen die besondere Problematik, dass jede damit verbundene Nachfrageerhöhung zunächst auf ein bestehendes preisunelastisches Angebot trifft, damit deutlich preiserhöhend wirkt und folglich damit einerseits andere Nachfrager verdrängt bzw. diese in die Gruppe der Transferleistungsempfänger drängt und (auch damit) zugleich die Notwendigkeit der weiteren Erhöhung von Transferleistungen für die KdU selbst alimentiert. Da das Wohnen bei Geringverdienern und Transferleistungsempfängern den höchsten Anteil an Konsumausgaben darstellt, ist dieser Effekt an dieser Stelle besonders brisant. Die ökonomische Theorie der Sickerungseffekte, wonach diese Nachfrage durch die verschiedenen Wohnungssegmente wandert und im Ergebnis in den höherwertigen Wohnungsteilmärkten ankommt, wo steigende Mieten angebotserhöhend wirken, übersieht, dass das Wohnungsangebot aufgrund des Optionscharakters von Grundstücken auch mittelfristig recht preisunelastisch sein kein. Zwar kann grundsätzlich das Wohnungsangebot mittels einer Objektförderung wie sie in Form einer erhöhten AfA von Teilen der Wohnungswirtschaft gefordert wird, ausgeweitet werden, doch sind diese Effekte eher mittelfristiger Natur und zudem zunächst mit erheblichen fiskalischen Aufwendungen verbunden.

Die Schaffung negativer Anreize über den Faktor Zeit bei Beibehaltung des Existenzminimums erscheint daher aus einer ökonomischen, einer wohnungsmarktpolitischen Perspektive sowie aus einer systemischen bzw. systemtheoretischen Perspektive geboten.

entnommen aus: Gewerbemiete und Teileigentum (GuT) · Heft 54 · 4–6/10 · April/Mai/Juni 2010 · Seiten 186–187
Prewest Verlag Pressedienste Medien und Kultur GmbH, Bonn · www.prewest.de